

Hintergrund und
Relevanz einer
geistig-politischen Haltung

Was bedeuten konservativ und christdemokratisch heute?

Winfried Becker

Reform, Modernisierung und Innovation hießen jahrzehntelang die zur Legitimierung aktuellen politischen Handelns bemühten, mit ermüdender Eintönigkeit wiederholten Vokabeln. Anspruchsvollen und sehr beachtenswerten Ausdruck fand das Reformstreben in den Ruck-Reden der Bundespräsidenten Roman Herzog und Horst Köhler, die das deutsche Volk zu vermehrten Anstrengungen angesichts eines wachsenden internationalen Konkurrenzdrucks aufriefen. Es gibt genügend historische Beispiele dafür, dass Gesellschaften zurückbleiben, wenn sie auf innere Mobilisierung verzichten, so das Römische, Byzantinische oder Osmanische Reich in ihren Endphasen. Wo keine Vorwärtsbewegung ist, setzen allzu leicht Stillstand oder rückläufige Prozesse ein. Das Bessere ist allzeit der Feind des Guten. Die Behebung von Missständen und die Verbesserung der Lebensverhältnisse liegen im allgemeinen Interesse. Wachstum und Fortschritt waren stolze Komponenten der westdeutschen Entwicklung nach 1945 und sind aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht wegzudenken.

Nachgeholtes Fortschrittsgetöse

Der kritische Zeitbeobachter, der nach Leitbegriffen zur Strukturierung der Probleme unserer Gegenwartsgesellschaft sucht, wird aber hinter oder neben solchen pragmatischen und notwendigen Reformanstrengungen auch ein ideologisches Rüstzeug entdecken, das provoziert und polarisiert. Erstaunlicherweise wurde die erste

große, vielleicht die eigentliche Aufbauleistung der Bundesrepublik der 1950er- und 1960er-Jahre ohne besonderes Fortschrittsgetöse vollbracht. Damals belebten eher bescheidene Fortschrittsparadigmata die öffentliche Meinung, so der Wiederaufbau, das „Wirtschaftswunder“, die Wiedergewinnung von Normalität oder der technische Fortschritt, der neben Befürwortern auch Gegner fand. Das solchermaßen Versäumte wurde dann von der 1968er-Bewegung gründlich nachgeholt: Gegen eine längst funktionierende, maßgeblich von NS-Gegnern aufgebaute Demokratie richtete sich die Parole, dass nun endlich Demokratie gewagt werden müsse. Die Außerparlamentarische Opposition proklamierte die Bewusstseinsveränderung, die marxistische oder anarchistische Revolution, die Emanzipation und Enttabuisierung einer angeblich bürgerlichen Gesellschaft, die längst in höherem Maße sozial durchmischt war als alle vorher in Deutschland bestehenden Gesellschaften. Die Revolution, hauptsächlich von Studenten getragen, die eines der freiheitlichsten Studiensysteme der Welt für ihre politischen Aktivitäten ausnutzten, misslang. Die Bewegung endete in terroristischen Aktionen, löste aber zwei unterschiedliche Reformschübe aus: den „Marsch durch die Institutionen“, den die 1968er nach Abebben des revolutionären Elans proklamierten und mit dem sie den bisher bestrittenen Wert der Institutionen für ihr persönliches Fortkommen schon zugeben, und eine konservative, vor allem von den Verantwortlichen in Staat und Ge-

sellschaft praktizierte Reform, die notwendige Änderungen auf dem Gesetzesweg voranbrachte, so bei der Bildungsreform, bei dem verdienstvollen Ausbau der Hochschulen, der Verwaltungsvereinfachung oder bei der Strukturpolitik der Länder. In der geistigen Auseinandersetzung griff man zur Problematisierung der Revolutionsidee auf die Vorstellung eines evolutionären Gesellschaftsmodells zurück, das Veränderung zwar bejahte, diese aber sach- und entwicklungsgerecht, auf wirkliche Bedürfnisse bezogen, in Gang setzen wollte.

Neoliberale Strategie

Eine neue Spielart von Reformstrategien machte sich seit den 1990er-Jahren geltend. Sie entstand vor einem theoretisch eher diffusen neoliberalen Hintergrund, fand ihren Schwerpunkt in wirtschaftlichen Effizienz kategorien, wurde aber dezidiert etwa vom Staatshandeln des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber aufgegriffen. Dieser bewegte sich mit seiner Kampagne für die Sparsamkeit öffentlicher Haushalte noch im Rahmen allgemein anerkannter Kategorien wie Solidität und Nachhaltigkeit und setzte Zeichen gegen die auf die Zeiten der sozialliberalen Koalition zurückgehende Schuldenspirale des Bundeshaushalts.

Davon sehr zu unterscheiden waren die in erschreckendem Ausmaß in der Bankenwelt praktizierten Finanz- und Kreditmanipulationen, obwohl Politiker und Wirtschaftler wegen der Vernachlässigung ihrer Aufsichtspflicht eine Mitschuld an der heute weltweiten Wirtschaftskrise tragen. Hier tat sich ein Abgrund von Verantwortungslosigkeit und Leichtfertigkeit auf. Die weltweit geübte Praxis des Weiterverkaufs von unsoliden Darlehen und Krediten in Form neuartiger Finanzinstrumente, Derivate et cetera ging einher mit Tendenzen des Dekonstruktivismus in den Wissensschaf-

ten, der Diffamierung von Normalität und Realitätssinn und der Propagierung der „Vision“, eines höchste Bonität genießenden Begriffes, dem das schlichte deutsche Wort „Einbildung“ entspricht. Eine Erklärung für diese Handlungsweise mag neben vielem anderen der Aufschwung der IT-Branche bieten, der zwar große Chancen eröffnet, aber wie alles Neue eine Erprobungsphase hätte durchmachen sollen. Das Materielle wurde vorschnell durch das Virtuelle ersetzt; eine spielerische, auch die Erwachsenenwelt verführende Komponente trat hinzu. Alles Mögliche schien plötzlich zur beliebigen Disposition zu stehen.

Echte Analysen der für viele unfassbaren Vorgänge blieben bisher eher rar, angemessene Reaktionen darauf ebenfalls: Die dumpfen Ängste mancher Bevölkerungskreise um ihren Besitzstand sind es nicht; noch weniger angemessen sind nach dem üblen Vorbild der Spitzenghälter von Managern die frivol anmutenden Streiks der Gewerkschaften für übertriebene Lohnerhöhungen, vor allem bei Staatsbediensteten, während gleichzeitig viele Beschäftigte von Entlassung bedroht sind.

Verzicht auf idealen Urzustand

In Katastrophen und Krisen schlug häufig die Stunde der Konservativen, in Europa zum ersten Mal nach den napoleonischen Kriegen, infolge der Krisenzeit der Französischen Revolution (gegen die unsere Zustände noch paradiesisch anmuten). Konservative Denker dieser Epoche (Traditionalisten wie Bonald und de Maistre einmal beiseitegelassen), rekurrierten nicht wie ihr großer Gegner Rousseau auf einen idealen Urzustand der Menschheit, sondern verwarfen insofern das Modell der Gegenrevolution. Sie griffen auf spezifische organische Zustände und Traditionen der Geschichte ihres Landes zurück (Edmund Burke), weckten den Sinn für Geschichte, auch für Bot-

schaften vergangener Zeiten an die Gegenwart (Novalis), appellierten an den ganzen Menschen mitsamt seinen Emotionen statt nur an die Vernunft (Joseph von Eichendorff), übten Gesellschaftskritik (Franz von Baader), legten Wert auf den inneren Zusammenhang der Gesellschaft (Adam Müller), setzten das Leben des Menschen, des Staates, der Gesellschaft wieder in den Spannungsbogen zu dem Gott des Christentums, den die Revolution im Namen der von ihr eingesetzten „höchsten Vernunft“ entthront hatte (Novalis, Friedrich Schlegel).

Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Demokratie

Das konservative Denken hat in der Folge viele Facetten entwickelt. Es verdichtete sich oder gewann Gestalt in Form konservativer Gruppierungen und Parteien. Es rezipierte neues Gedankengut, in Deutschland vor allem den preußischen Patriotismus und dann den Nationalismus, verband sich hier auch mit dem Adel, den agrarischen Interessen und der protestantischen Orthodoxie. Der preußisch-deutsche Konservatismus wurde so zu einem staatstragenden Sozialgebilde des kaiserlichen Deutschlands. Die ihn beerbenden Deutschnationalen und konservative Kreise trugen mit ihrer prinzipiellen Opposition zum Versagen der Weimarer Republik bei, ebneten dem Nationalsozialismus den Weg, wurden mit dieser Bewegung identifiziert und dadurch dauerhaft diskreditiert.

Nach 1945 war dieser Konservatismus ein untergegangenes historisches Gebilde, auch seine soziale Rekrutierungsbasis war geschwunden. Die nationalistische Rechte hat in Deutschland nie so stark und anspruchsvoll auftreten können wie die *Nouvelle Droite* in Frankreich. Neueste Vertreter (Götz Kubitschek, Karlheinz Weißmann) haben sich einen heterogenen historischen Stammbaum gewählt, üben Systemkritik mit „grünen“

Anklängen und bewegen sich in einer Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Demokratie.

Sie haben kein Privileg auf konservative Argumente oder Denkweisen: Denn diese erschließen sich der Analyse des Philosophen (Henning Ottmann) in sehr verschiedenen Varianten, sind häufig komplizierter als die Vorstellungen, die mit einem linear gedachten Fortschritt in Verbindung gebracht werden können. Da sie mehr das Leben und die Vielgestalt der Wirklichkeit beachten wollen als abstrakte, bündig definierbare Ideenkomplexe, kann man ihnen einen gewissen Mangel an inhaltlicher Prägnanz vorhalten. Ein paar Charakteristika lassen sich dennoch als Gemeingut konservativer Diskurse angeben.

Konservative Charakteristika

Der Konservatismus gehört zur Moderne, denn er entstand als Reaktion auf die Französische Revolution, und teilte mit dieser die Voraussetzung der öffentlichen und tendenziell herrschaftsfreien Auseinandersetzung. Er kann sich folglich mit demokratischen Methoden verbinden, wie sein Widerpart populistische Appelle an die Massen richten und sich charismatische Führer schaffen. Zudem tritt er häufig als Subphänomen innerhalb größerer Gruppen und Parteien auf, sorgt dort für Flügelbildung und inneren Pluralismus. Die Konservativen betonen gern die Rolle einer Führungspersönlichkeit, treten für das Bewährte gegen die Moden des Zeitgeistes ein, messen hochfliegende Zukunftserwartungen an Kriterien der Realisierbarkeit, möchten vor weitreichenden Entscheidungen möglichst viele Gesichtspunkte berücksichtigt wissen, pochen auf Erfahrungswerte und setzen die Pflege eines langen Gedächtnisses gegen die Propagierung von kurzfristigen Effizienzeffekten und impressionistischen Motiven. Unter diesen Aspekten lassen sich sowohl kritische als

auch affirmative Überlegungen zur Lage von Staat, Wirtschaft und Kultur vortragen.

Beachtliche Stationen deutscher Geschichte

Deutschlands Staatswesen braucht weder seine Geschichte noch seine Gegenwart zu verstecken. Das bisher beständigste deutsche Staatswesen, das noch im Mittelalter wurzelnde Heilige Römische Reich deutscher Nation, war ein föderalistisches Gebilde, nach innen und außen auf Ausgleich angelegt. Warf man ihm im neunzehnten Jahrhundert vor, durch seine Existenz und feudalen Strukturen die Nationwerdung verzögert zu haben, so würdigt man heute, dass es auch große Leistungen vollbracht hat: das Zusammenwachsen der deutschen Stämme über Sprachbarrieren und weite Entfernungen hinweg, die Ausbildung eines Rechts- und Territorialwesens, das den verschiedenen Konfessionen die friedliche (Ko-)Existenz sicherte, die Entwicklung vieler kleiner Zentren mit unverwechselbar eigenen Kultur- und Wirtschaftsräumen.

Dem kaiserlichen Deutschland gelangen die nationale Einigung, der Aufstieg der Industriewirtschaft, die Schaffung einer neuen Infrastruktur und einer zukunftsweisenden Sozialgesetzgebung, der Aufschwung der modernen kritischen Wissenschaften, die im Ausland Anerkennung und Nachahmung fanden. Die Weimarer Republik konnte die Einheit des Staates unter schweren Bedingungen bewahren, brachte bedeutende Staatsmänner hervor und fand vorzügliche gesetzliche Regelungen für das Verhältnis von Kirche und Staat. Den tiefen Fall in die nationalsozialistische Diktatur vermochte sie nicht zu verhindern. Die im Jahr 2009 sechzig Jahre alte Bundesrepublik Deutschland zog die Lehren aus der jüngsten Geschichte. Sie bekannte sich zu ihrer Verantwortung für die Verbrechen

des Nationalsozialismus, führte in wenigen Jahrzehnten einen vorbildlichen demokratischen Neuaufbau durch, vollzog den Schulterchluss mit den demokratisch verfassten Nationen Europas, erreichte durch Beharrlichkeit die Wiedervereinigung auf friedlichem Wege, trug damit wesentlich zur Entspannung zwischen Ost und West bei und stellt Soldaten und Geld für Krisengebiete bereit, um den Frieden in der Welt zu sichern.

Deutschland hat auch eine demokratische Geschichte und war keineswegs bis 1945 ein Obrigkeitsstaat, von dem sich manche fortschrittlichen Historiker glauben distanzieren zu müssen. Neben der liberaldemokratischen und der sozialdemokratischen existiert seit den parlamentarischen Anfängen des Bundesstaats in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts eine bedeutende christlich-demokratische Tradition in Deutschland.

Neuerliche Gefahr der „Weimarisierung“

Die Besinnung auf diese „klassischen“ Parteien ist schon deswegen angebracht, weil eine bedenkliche Weimarisierung der Parteienlandschaft um sich greift. Je mehr die nationalsozialistische Diktatur singularisiert statt historisiert (das heißt nicht relativiert) wird, desto weniger verfängen Hinweise auf das Unheil der Weimarer Parteienzersplitterung nach dem Motto: Dergleichen oder Ähnliches kann doch nicht wieder vorkommen.

Die alte Bundesrepublik beschritt mit der Konzentration auf wenige große Parteien einen anderen Weg. Konrad Adenauer, der seine Erfahrungen in der Weimarer Republik gesammelt hatte, entschied sich nach den ersten Bundestagswahlen im August 1949 mutig für eine Kleine Koalition und für das Programm der Sozialen Marktwirtschaft gegen eine sozialistische Planwirtschaft; seine Regierung übernahm die volle Verantwortung für die zukünftige Arbeit. Damit waren

die Weichen für eine demokratische Aufgabenteilung gestellt. Die Regierung konnte ungehindert einen klaren Kurs einschlagen und Profil gewinnen, eine starke Opposition übte legitime Kritik und stellte den Wählern ihre Alternative vor Augen. Erleichtert wurden diese Konstellationen allerdings durch die Wahlergebnisse, die die Bildung eindeutiger, programmatisch stimmiger Mehrheiten zuließen.

Um den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik, um die zukunftsgerichtete sicherheitspolitische Entscheidung für das Bündnis mit den westeuropäischen Demokratien und den USA haben sich die Parteien der Kleinen Koalitionen historische Verdienste erworben, ohne allerdings einen angemessenen Platz im historischen Gedächtnis der Nation, *lieux de mémoire*, zu finden – während die früheren Dynastien mit ihren durchwachsenen Meriten sich jahrhundertelanger Anhänglichkeit erfreuen konnten: Die Ausbildung eines historischen Bewusstseins für die Errungenschaften unserer demokratischen Geschichte wäre eine konservative Aufgabe in einer Republik. Damit einhergehen könnte eine Sensibilisierung für die existenziellen Themen klassischer Staatstätigkeit: Förderung der eigenen Produktion und Landwirtschaft, soweit unter der Tutel der EU noch möglich, Sicherstellung der Energieversorgung statt leichtfertigen Verzichts auf neue Technologien, Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit, Stärkung der dafür notwendigen Organe, kein leichtfertiger Verzicht auf bewährte Bündnispartner, weil Deutschland angeblich „von Freunden umzingelt“ ist.

Eine existenzielle Aufgabe wartet auch in der Familienpolitik, die große Errungenschaft der Förderung des Wohneigentums wurde gestrichen. Der erschreckenden demografischen Situation, dem Bevölkerungs- und Geburtenschwund wird

man auch mit Migration nicht beikommen können.

Langzeitgedächtnis schaffen

Die unerwartete Wirtschaftskrise zwingt die Politik zu wirkungsvollem Handeln. In einer solchen Situation hilft der Rückgriff auf Vorbilder der Historie kaum, schon weil die Geschichte keine Exempel-sammlung zwecks Daseinsvorsorge darbietet. Aber der Wert einer Besinnung auf historische Grundlagen des wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs in der Nachkriegszeit läge in der Bildung eines Langzeitgedächtnisses. Schon vor der globalen Krise machte sich eine bedenkliche Relativierung des Eigentumsbegriffs bemerkbar. Nach dem Verständnis der Marktwirtschaftler vom Schläge Ludwig Erhards sollte das Eigentum ja nicht in erster Linie den großen Monopolen zugutekommen, vielmehr sollte die breite Streuung des Eigentums die Mehrheit des Volkes erreichen („Wohlstand für alle“), das Individuum stärken und zum Bestehen der Wechselfälle des Lebens rüsten. Auch bei Erhard kamen Erfahrungswerte zum Tragen: Anstelle der zur Kriegsrüstung eingesetzten großen Kapitalakkumulationen bei den Staaten wollte er die Kapitalien für die konsumtiven Ausgaben verantwortungsbewusster Bürger verfügbar machen und durch den freien Welthandel der Kriegsgefahr vorbeugen, die von der Wirtschaftskonkurrenz der Staaten gedroht hatte. Natürlich war er sich der Stärken der Industrienation bewusst. Er hätte darum schwerlich für den Ersatz der Industrie- durch die Finanz- und Dienstleistungswirtschaft plädiert, die zur Zahlung der Dienstleistungen auf besteuerbare Gewinne aus der Produktion von Gütern angewiesen ist.

Erinnerung an „goldene Regeln“

Die gegenwärtige Diskussion ruft wieder einige goldene Regeln ins Gedächtnis: die Rückkehr vom „Pumpkapitalismus“ zum

„Sparkapitalismus“ (Ralf Dahrendorf), zur Realwirtschaft statt des Schacherns mit virtuellen Werten, die auf elektronischem Weg um den Globus gejagt werden. Auch könnte die Entdeckung der kleinen Märkte oder eine Diversifizierung der Produktion helfen. Die planlos betriebene Ausweitung der Automobilproduktion etablierte weltweit krisenanfällige Monostrukturen. Ein Blick in die Adressbücher einer x-beliebigen deutschen Stadt des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts könnte zeigen, ein wie reich differenziertes Gewerbe hier von den Bürgern betrieben wurde. Trotz des gegebenen Rationalisierungsdrucks ist eine gründliche Wiederbelebung der mittelständischen Wirtschaft vonnöten. Da laut Umfragen die Bevölkerung zunehmend alles wirtschaftliche Heil vom Staat erwartet, besteht hier ein großer Aufklärungsbedarf.

Im Kultursektor sind Innovationen stets gefragt, allerdings hat man es hier auch mit besonders bewahrenswerten Gütern zu tun. Bei der Verflachung, Verschulung und Hierarchisierung der Hochschulen nach Mustern des Industriebetriebs wird übersehen, dass die deutschen Universitäten Gefahr laufen, ihren Ruf zu verlieren, wenn allzu viel Unruhe und Reform in sie hineingetragen würden. Die einheimische Nachwuchsförderung bleibt die zentrale Aufgabe ei-

ner Kulturnation, ebenso die Erhaltung bestimmter Bildungsstandards.

Neben der Notwendigkeit praktischer Ausbildung für Beruf und Gesellschaft muss den dazu berufenen Institutionen weiterhin Gelegenheit gegeben werden, der zweckfreien Erkenntnis zu dienen, die Kulturschätze der Vergangenheit in der Gegenwart zum Sprechen zu bringen und für die zukünftigen Generationen zu bewahren.

Die Leseflucht und das Zeitungssterben lassen befürchten, dass die mündigen Bürger sich mehr und mehr unentbehrlichen Informationsquellen verschließen. Da bis 1933 viele Zeitungen Sprachrohre von Gruppen, Parteien, Kirchen und Kommunen waren und damit gut leben konnten, wäre einmal zu fragen, ob sich nicht heute wieder ähnliche Kriterien der ideellen Identifizierung, Profilierung oder des Lokalkolorits gewinnen lassen, die die Konkurrenz mit den im Allerweltstenor gehaltenen Internetangeboten erleichtern.

Es ist ein Faktum, dass die christlichen Wurzeln unserer Kultur immer weniger gekannt und geschätzt werden. Diejenigen, denen dies gleichgültig ist, sollten allerdings bedenken, dass eine gänzlich säkularisierte Gesellschaft, die zudem inkompatible Parallelgesellschaften nicht zu integrieren imstande wäre, mit der bisherigen Sozietät nichts mehr gemein hätte.

Russisches Verständnis für Iran

„Der Umstand, dass Ahmadineschad ungeachtet des Geschehens im Land doch noch nach Russland kam, erfreut wiederum seine russischen Gastgeber, die, als Geschädigte der Weltfinanzkrise, gerne über das Ende der Dollar-Dominanz und Amerikas Machtverlust schwadronieren.“

Nicht zuletzt angesichts des freundlichen Empfangs, den Präsident Medwedjew dem Profiteur der iranischen Wahlfarce machte, fällt es immer schwerer zu glauben, dass Moskau ernsthaft daran mitwirken will, Teheran von der Entwicklung militärischer Atomkapazitäten abzuhalten. Immer wenn es im UN-Sicherheitsrat darum ging, die iranische Missachtung einschlägiger UN-Resolutionen zu ahnden, hat Moskau, assistiert von Peking, viel Verständnis für Iran gezeigt.“

Klaus-Dieter Frankenberger am 17. Juni 2009 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*